

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

am Freitag kam es zu einem ungewöhnlichen Vorgang im Plenum: Es wurde die **Beschlussunfähigkeit des Bundestages** festgestellt, da mehr als die Hälfte der Abgeordneten bei einem Hammelsprung – einer besonderen, spontanen Form der Abstimmung – nicht anwesend waren. Unter den abwesenden Abgeordneten waren 126 Parlamentarier der Koalition. Die Koalition ist also selbst dafür verantwortlich, dass die Sitzung nicht fortgesetzt werden konnte. Alle Tagesordnungspunkte, die nach dem Hammelsprung angesetzt waren, wurden vertagt – darunter auch die Erste Lesung des sogenannten Betreuungsgeldes. Das bedeutet, dass das **Betreuungsgeld** voraussichtlich nicht mehr vor der Sommerpause beschlossen werden kann – es sei denn, es gibt noch eine Sondersitzung, jedoch ist dies sehr unwahrscheinlich. Von der Sache her ist der Vorgang zu begrüßen: Das Betreuungsgeld ist finanz- und familienpolitischer Unsinn. Es werden bis zu zwei Milliarden Euro jährlich dafür ausgegeben, dass Kinder nicht in den Kindergärten gehen. So unschön das Bild eines beschlussunfähigen Parlamentes sein mag – in der Sache ist es richtig, dass damit die Einführung des Betreuungsgeldes zumindest verzögert wird.

Ende letzter Woche hat **Spanien** angekündigt, Hilfe aus dem **Rettungsschirm** zu beantragen. In dieser Woche wird über weitere Länder spekuliert, die möglicherweise unter den Rettungsschirm müssen. Die so genannte Euro-Krise ist also alles andere als ausgestanden. Die bisherige Merkel-Strategie der Sparpolitik ist gescheitert. Stattdessen müssen wir neue Wege finden, um aus der Krise zu kommen. Deswegen befindet sich die SPD-Fraktion derzeit in sehr intensiven Verhandlungen mit der Regierung, wie der Fiskalpakt, bei dem es vor allem ums Sparen geht, um eine



Berlin-Brief, Ausgabe 120
15. Juni 2012

Meine Termine

Diskussion mit Ulla Schmidt, Bundesgesundheitsministerin a.D.: Unsere Gesundheit braucht Solidarität
18.06.2012, 19 Uhr, Heilbronn, SLK-Klinikum, Konferenzraum G4010

Bürgerempfang der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
20.06.2012, 19.30 Uhr, Heilbronn, Komödienhaus im K3

Bericht aus Berlin beim SPD-Ortsverein Sinsheim
22.06.2012, 18.30 Uhr, Sinsheim, Zwingerstraße 10

60 Jahre SPD Baden-Württemberg
23.06.2012, 14 Uhr, Villingen-Schwenningen, Neue Tonhalle, Bertholdstraße 7

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Strategie für Wachstum und Beschäftigung ergänzt wird. Merkel braucht im Bundestag die Stimmen der SPD-Fraktion, um den Fiskalpakt umsetzen zu können. Die bekommt sie aber nicht umsonst, sondern nur, wenn endlich eine andere Strategie in Europa beginnt, die die EU-Länder und die Menschen nicht kaputtspart, sondern gesundwächst.

Europa braucht neues Wachstum und solide Einnahmen bei Steuern und Sozialversicherungen, um die Krise zu überstehen. Wir brauchen Investitionsimpulse, damit die Realwirtschaft wieder anspringt und wir durch neue Jobs die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen können. Für diese Initiativen braucht man Geld – und das wollen wir dadurch bekommen, dass endlich diejenigen, die für die Finanzkrise mitverantwortlich waren, zur Kasse gebeten werden: Mit der Finanztransaktionssteuer werden endlich die Finanzmärkte besteuert.

In den Verhandlungen mit der Bundesregierung haben wir vergangene Woche bei der **Finanztransaktionssteuer** einen Durchbruch erreicht. Das ist ein großer Erfolg für die SPD. Die Vertreter der Regierung haben zugestanden, dass europaweit neu über die Steuer verhandelt wird und sie auch eingeführt wird, wenn nicht alle EU-Staaten mitziehen. Der Anfang zur Besteuerung von Finanztransaktionen muss endlich gemacht werden! Trotz diesem Erfolg sind die Verhandlungen alles andere als einfach. Die Bundesregierung windet sich, sobald es darum geht, konkrete Maßnahmen festzulegen. Die Verhandlungsführer von der SPD werden hart bleiben. Wir lassen uns das Heft nicht aus der Hand nehmen und werden uns nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Wir stimmen dem Fiskalpakt nur zu, wenn wir klare Zielvereinbarungen für mehr Wachstum und Beschäftigung erreichen!

In dieser Woche fand die traditionelle **Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion** statt. Mit rund 250 Betriebsräten diskutierten zahlreiche SPD-Bundestagsabgeordnete und Experten aus Wissenschaft und Praxis. Ich konnte Jens Stammler von Audi Neckarsulm begrüßen. Das Hauptthema der Konferenz war der **Missbrauch von Werkverträgen**. Die gesellschaftlichen Auswirkungen dieses Missbrauchs sind gravierend. Viele Menschen wissen nicht, ob und wie lange sie noch eine Beschäftigung haben und sehen sich deshalb nicht in der Lage, eine Familie zu gründen. Im Betrieb sorgen „kreative Beschäftigungsformen“ mit Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen zu einer Spaltung der Belegschaft. Werkvertragsarbeitnehmer werden zudem nicht über die Personalabteilung von Unternehmen eingestellt, sondern über die Einkaufsabteilung – wie sonst Schrauben oder auch Toilettenpapier – abgerechnet. Diese Unsicherheit und Stigmatisierung ist alles andere als das, was wir unter guten Arbeitsbedingungen verstehen. In der SPD-Bundestagsfraktion arbeite ich daher an einer Positionierung mit, um den Missbrauch von Werkverträgen zu unterbinden.

Mit freundlichen Grüßen

